

sich geschlossen und mutig für die Verwirklichung dieser Vorschläge einsetzen, die eine friedliche und glückliche Zukunft gewährleisten.“

#### 24. 2.1954

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik zur politischen Lage nach der Außenministerkonferenz:

- „1. Ein einheitliches Deutschland muß demokratisch und friedliebend sein,
2. Deutschland darf keine militärischen Bündnisse schließen,
3. eine deutsche Verteidigungsarmee wird nur in den zugebilligten Grenzen notwendig sein und zugelassen werden,
4. es müssen Sicherheitsgarantien für die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder vor einer deutschen Aggression gegeben werden und
5. auch entsprechende Sicherheitsgarantien für die westlichen Nachbarstaaten Deutschlands geschaffen werden.“

#### 4. 3. 1954

Erklärung des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik über die Bereitschaft zur Aufnahme von gesamtdeutschen Beratungen über alle Fragen, die der Annäherung der beiden Teile Deutschlands dienen:

„Wir fordern die Bevölkerung Westdeutschlands auf, ihren Willen zur Herstellung engerer wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu bekunden. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist jederzeit zu gesamtdeutschen Beratungen über alle Fragen bereit, die der Annäherung der beiden Teile Deutschlands mit dem Ziel der Errichtung eines einheitlichen, friedliebenden und unabhängigen Deutschlands dienen.“

#### 6. 4.1954

Telegramm der Volkskammer an den Deutschen Bundestag.

Forderung: Gemeinsame Maßnahmen gegen die Bedrohung Deutschlands durch Atomwaffen zu treffen.

„Wir schlagen deshalb den Abgeordneten des Deutschen Bundestages vor, mit den Mitgliedern der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik einen gemeinsamen Beschluß zu fassen, der das Verbot der Massenvernichtungswaffen und ihrer experimentellen Erprobung fordert.“